



VOM ÖKOLOGISCHEN VORREITER ZUM BREMSE: DEUTSCHLANDS ABKEHR IN DER EUROPÄISCHEN UMWELTPOLITIK

Herausgeber

Sven Giegold, MdEP

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60

ASP 05F163

Telefon: +32 (0) 22845369

E-Mail: sven.giegold@ep.europa.eu

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Themenfelder	4
1. <i>Europäische Energie- und Klimapolitik</i>	4
2. <i>Verkehrsemissionen</i>	12
3. <i>EU-Chemikalienpolitik</i>	15
4. <i>Ressourceneffizienz</i>	18
5. <i>Weitere Bereiche</i>	20
Schlussbemerkung	21

Einleitung

Im Rückblick könnten die Jahre nach der Jahrtausendwende als goldene Zeit der Umweltpolitik bezeichnet werden. Das Kyoto-Protokoll trat 2005 in Kraft und legte Reduzierungsziele für die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen fest. Ein Jahr später veröffentlichte der ehemalige US Vizepräsident Al Gore seinen klimapolitischen Dokumentarfilm *An Inconvenient Truth* und brachte das Thema der globalen Erderwärmung in die öffentliche Diskussion. Der Klimawandel war in aller Munde. Die ökologische Modernisierung der Wirtschaft machte Schlagzeilen. Das liberale Wirtschaftsblatt *The Economist* veröffentlichte 2007 zwei Ausgaben mit Titelseiten über die grüne Transformation und der damalige UN Generalsekretär Ban Ki-Moon plädierte für einen weltweiten Green New Deal.¹

Es war eine Phase, in der die Europäische Union zahlreiche umwelt-, klima- und energiepolitische Weichen stellte. Es war die Geburtsstunde des ersten grenzüberschreitenden und weltweit größten Emissionsrechtehandels (2005). Das Herzstück der europäischen Chemiewirtschaft – die EU-Chemikalienverordnung REACH – trat in Kraft (2007). Es wurden erstmals verbindliche CO₂-Grenzwerte für PKW vorgeschlagen (2007). Die Europäische Union vereinbarte nationale Klima- und Energieziele für das Jahr 2020 und verpflichtete sich bis 2050 ihre Emissionen um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die Verabschiedung dieses Klima- und Energiepakets in 2008/2009 war gewissermaßen der Höhepunkt dieses ökologischen Jahrzehnts.

Deutschland war ein ökologischer Pionier in dieser Phase. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) löste einen Boom in der Erneuerbaren Branche aus. Es wurde ein internationales Vorzeigegesetz. Die erste rot-grüne Bundesregierung war ein zentraler Akteur in den klima- und umweltpolitischen Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene. Sie führte die Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll zu einem erfolgreichen Abschluss und begleitete

¹ „The Greening of America“, *The Economist*, 27. Januar 2007. <https://www.economist.com/printedition/2007-01-27> und „Cleaning Up - A 15-page report on how business is tackling climate change“, *The Economist*, 2. Juni 2007. <https://www.economist.com/printedition/2007-06-02>. „Ban für ‚Green New Deal‘ in Wirtschafts- und Klimakrise“, *NZZ*, 11. Dezember 2008. https://www.nzz.ch/ban_uno-klimakonferenz-1.1401076

zahlreiche ökologische Vorhaben der EU. Deutschland war eine ökologische Orientierungs- und Führungskraft in Europa.

Daran änderte auch der Regierungswechsel 2005 wenig. Kanzlerin Merkel folgte dem Zeitgeist. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf konkrete Energie- und Klimaziele. Ein Jahr später besuchte Angela Merkel Grönland. Vor schmelzenden Gletschern wurde sie zur „Klimakanzlerin“ gekrönt. Und Ende 2008 war sie dabei, als das Klima- und Energiepaket 2020 verabschiedet wurde. Das ökologische Fundament Europas war gelegt. Und Deutschland hatte dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Aber diesem progressiven Jahrzehnt folgte ein regressives, geprägt von Gegenwind und Lobbykandalen, verwässerten Zielen und Ambitionslosigkeit. „Man muß ganz nüchtern bilanzieren, dass wir eine verlorene Dekade hinter uns haben“, sagt Ottmar Edenhofer, Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Den Klimabekennnissen nach der Jahrtausendwende, folgten nicht genügend Taten.² Auch dafür trägt Deutschland Verantwortung. Im letzten Jahrzehnt hat Deutschland eine Art ökologische Kapitulation auf Europa-Ebene vollzogen. Deutschland war nicht mehr treibende Kraft einer ambitionierten europäischen Umweltpolitik. Im Gegenteil, Deutschland war zunehmend passiver Beistehender, Bremser und auch Saboteur. Neben einigen positiven Ereignissen, gab es zahlreiche Fälle deutscher Einflussnahme, um ökologische Ziele und Maßnahmen abzuschwächen.

Zu diesem Ergebnis kommt das vorliegende Briefing. Deutschland ist in einem ökologischen bipolaren Zustand. Das Land der Energiewende ist zugleich das Land der Braunkohle. Das Papier illustriert, wie sich Deutschland von einer ökologischen Führungsrolle verabschiedet und sich damit in der europäischen Umweltpolitik maßgeblich isoliert hat. Es zeichnet das Bild einer Bundesregierung im offenen Konflikt mit sich selbst – eine Regierungskoalition, die sich vom Populismus antreiben lässt und sich nicht auf einen umweltpolitischen Kurs einigen kann. Damit ist in der Europäischen Union ein strategisches Vakuum in der Umweltpolitik entstanden. Und das in einer Zeit, wo die Weltlage auf eine ökologische Orientierungskraft angewiesen ist.

Das Ergebnis dieses Briefings basiert auf 22 Interviews mit unterschiedlichen europapolitischen Akteuren. Befragt wurden Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Industrieverbänden, ehemalige Beamte der Europäischen Kommission und Bundesregierung, Mitarbeiter des Europäischen Parlaments und Bundestags, sowie Mitarbeiter internationaler Institutionen. Viele der Gesprächspartner offenbarten Fälle negativer deutscher Einflussnahme auf EU-Umweltgesetzgebung. Sie skizzierten wie Deutschland das „progressive Lager“ im Europäischen Rat verlassen habe. Die Mehrheit sprach unter der Bedingung der Anonymität, weil sie entweder Vertraulichkeitsvereinbarungen unterzeichnet hatten oder nicht befugt waren sich öffentlich zu äußern.

Auf der Basis dieser vielfältigen Interviews, unterstützt von vielfältigen Medienberichten, hat sich dieses Briefing Deutschlands Positionierung in zahlreichen ökologischen Vorhaben der

² „Eine verlorene Dekade“, Interview mit Ottmar Edenhofer, *Handelsblatt*, 19-21. Oktober 2018, Nr. 202

EU im Jahrzehnt nach 2009 angeschaut, um die Gesamtrolle Deutschlands in der europäischen Umweltpolitik in diesem Zeitraum zu bewerten.

Es ist der Kürze geschuldet, dass dieses Papier sich nicht allumfassend mit jedem einzelnen ökologischen EU-Gesetzesvorhaben detailliert auseinandersetzt. Dieser Ansatz würde auch das Risiko beinhalten, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Vielmehr geht es darum, anhand einer Reihe von unterschiedlichen, ökologischen EU-Vorhaben ein Gesamtbild von Deutschlands Rolle und strategischer Stoßrichtung in der europäischen Umweltpolitik zu zeichnen. Welche Orientierung hat Deutschland im letzten Jahrzehnt bei ökologischen Fragen auf EU-Ebene gegeben? War Deutschland Treiber oder Bremser? Welche Interessen und Prioritäten wurden bei der europäischen Umweltpolitik verfolgt? Und welche Motivationen lagen denen zugrunde?

Um diesen Fragen nachzugehen, hat sich das vorliegende Briefing Deutschlands Rolle in konkreten ökologischen Vorhaben der EU angeschaut. Dazu zählen Vorhaben in den Bereichen Energie und Klima, Verkehr, Chemie, Ressourceneffizienz sowie weitere Fälle, wie z.B. Nachhaltigkeit in den Finanzmärkten.

Themenfelder

1. *Europäische Energie- und Klimapolitik*

Das Jahr 2009 war ein entscheidender Wegmarker der europäischen Energie- und Klimapolitik. Die Staats- und Regierungschef der EU verabschiedeten das **Klima- und Energiepaket 2020** und setzten sich damit verbindliche Ziele. Sie verpflichteten sich bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent zu reduzieren (gegenüber 1990), den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU auf 20 Prozent zu erhöhen und durch Energieeffizienz den Energieverbrauch um 20 Prozent zu senken. Deutschland spielte mit seiner Ratspräsidentschaft in 2007 eine wichtige, progressive Rolle. Als Ratsvorsitzende trug Kanzlerin Merkel (CDU) entscheidend dazu bei, dass sich der Europäische Rat zu diesen Zielen verpflichtete. Auch damalige französische Vorstöße das Erneuerbare-Ziel durch ein „Saubere Energien“-Ziel (was die Kernkraft beinhaltet hätte), zu ersetzen, wehrte sie erfolgreich ab. Dem damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac entgegnete Kanzlerin Merkel mit der Bemerkung: „Wir haben ziemlich dafür gekämpft, und es ist wichtig, dass die erneuerbaren Energien die erneuerbaren Energien bleiben und daraus nicht sonst etwas wird“.³

Zahlreiche Gesprächspartner – Experten aus dem NGO-Bereich und Mitarbeiter aus dem Europäischen Parlament und Bundestag – betonten Deutschlands herausragende Rolle beim Klima- und Energiepaket 2020. Deutschland war, laut vielen, die treibende progressive Kraft hinter diesem energie- und klimapolitischen Erfolg gewesen. Vor allem Bundeskanzlerin Merkel, so berichteten Gesprächspartner, spielte im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft eine zentrale, positive Rolle.

³ Zitiert nach Corinne Lepage, *La Vérité sur le nucléaire. Le choix interdit*, Albin Michel, Paris 2011, in Turmes, Claude. *Die Energiewende – Eine Chance für Europa*, oekom, München 2017, Seite 45.

Kaum war die Tinte unter dem Vertrag trocken, kamen allerdings schon Versuche, die erneuerbaren Energien zu bremsen. Der luxemburgische Energieminister und langjährige Europaabgeordnete Claude Turmes, beschreibt in seinem Buch *Die Energiewende – Eine Chance für Europa*, wie sich Angela Merkel und Philip Rösler (FDP) im Rahmen der neuen schwarz-gelben Koalition 2009 einigten, die Einspeisevergütung für erneuerbare Energien im EEG aufzuheben. Dieser Versuch scheiterte allerdings an der CSU, da die Einspeisevergütung den bayerischen Landwirten mit ihren Biogasanlagen zugutekam. Daraufhin, so Minister Turmes, versuchte die schwarz-gelbe Koalition die deutsche Einspeisevergütung über Europa zu kippen.⁴

Die Europäische Richtlinie für erneuerbare Energien (2009) war gerade mal ein Jahr alt, da machte der neue Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) mit seiner **Mitteilung „Energie 2020“** schon den Vorschlag die nationalen Einspeisevergütungen zu beenden.⁵ Anstatt den Mitgliedsstaaten im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips selber ihre Fördersysteme für erneuerbare Energien zu überlassen, wollte Kommissar Oettinger die Fördersysteme mit einem Quotensystem vereinheitlichen. Das hätte die Einspeisevergütung des EEG beendet. Sein Argument: ein einheitliches, europäisches Quotensystem für erneuerbare Energien sei kostengünstiger. Allerdings hatten zahlreiche Studien, u.a. der Internationalen Energie Agentur, dargestellt, dass dies nicht der Fall ist.⁶ Ein einheitliches Fördersystem hätte auch nicht funktionieren können, da es, wegen mangelnden Stromverbindungen zwischen den EU-Mitgliedsländern, keinen einheitlichen europäischen Energiebinnenmarkt gab. Eine Tatsache die auch Kommissar Oettinger einräumte.⁷ Zahlreiche Akteure, von Energieexperten und EU-Parlamentariern sowie der Generalsekretär des deutschen Umweltrats, stellten sich gegen den Vorschlag. Auch das Europäische Parlament sprach sich in einem Bericht zur EU Energiestrategie 2020 gegen eine Harmonisierung der Fördersysteme aus, trotz Versuche einiger CDU Abgeordneten entsprechende Änderungsanträge einzubringen. Manche Abgeordnete der CDU/CSU und S&D Parteifamilie übernahmen sogar wortwörtliche Änderungsantrag-„Vorschläge“ des deutschen Energiekonzerns E.ON.⁸ EU-Mitgliedsstaaten wie Großbritannien, Spanien und Frankreich hatten sich gegen Kommissar Oettingers Position geäußert, während sich die Bundesregierung enthielt. Oettingers Vorstoß hatte keinen Erfolg.

⁴ Turmes, Claude. *Die Energiewende – Eine Chance für Europa*, oekom, München 2017.

⁵ Mitteilung der Kommission, „Energie 2020 – Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige, und sichere Energie“, 10. November 2010. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52010DC0639&from=EN>

⁶ *Deploying Renewables 2008*, International Energy Agency (IEA), 2008. Executive Summary: <https://www.iea.org/Textbase/npsum/DeployRenew2008SUM.pdf>

⁷ „EU-Strommarkt lässt auf sich warten“, *Handelsblatt*, 17. August 2010. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/leitungsnetze-eu-strommarkt-laesst-auf-sich-warten/3517608.html?ticket=ST-3961643-jfTkygQOHuU9Bi3OCQJE-ap2>

⁸ „Es steht nicht drauf, wie viel E.ON drin steckt“, Webseite Reinhard Bütikofer MdEP, 25. November 2010. <https://reinhardbuetikofer.eu/2010/11/25/butis-woche-25-11-2010-es-steht-nicht-drauf-wie-viel-e-on-drin-steckt/> und „EU-Energiepolitik: Oettinger als trojanisches Pferd?“, *Euractiv*, 20. Dezember 2010. <https://www.euractiv.de/section/energie-und-klimaschutz/news/eu-energiepolitik-oettinger-als-trojanisches-pferd/>

Im selben Jahr (2010) brach eine Kontroverse um die **EU-Steinkohleverordnung** aus. Zahlreiche Steinkohlebergwerke überleben nur durch staatliche Subventionen. Die EU-Kommission schlug vor, die staatlichen Beihilfen für unrentable Steinkohlebergwerke nur noch bis Oktober 2014 zu erlauben.⁹ Die schwarz-rote Bundesregierung hatte allerdings in 2007 das Ziel gesetzt, die Subventionen für den deutschen Steinkohlebergbau erst 2018 komplett einzustellen. Um den vorgeschlagenen Zeitrahmen der EU-Kommission zu verlängern, musste die Bundesregierung mobilisieren und Verbündete im Europäischen Rat gewinnen. Und das tat sie. Die Verhandlungen zur EU-Steinkohleverordnung wurden Chefsache; Bundeskanzlerin Merkel schaltete sich persönlich ein. Laut EU-Diplomaten überredete sie Großbritannien und weitere EU-Mitgliedsstaaten einer Verlängerung bis 2018 zuzustimmen. Abgeordnete im Europaparlament wurden auch mobilisiert und so wurde Ende 2010, eine Verlängerung auf 2018 zugestimmt.¹⁰

Kurz darauf, am 6. Januar 2011 trat die europäische **Richtlinie über Industrieemissionen (IED)** in Kraft. Diese Richtlinie legt Schadstoffgrenzwerte für Industrieanlagen, wie Kohlekraftwerke, auf der Basis von den „besten verfügbaren Techniken (BVT)“, fest. Schadstoffe wie Stick- und Schwefeloxide, Quecksilber und Feinstaub, führen zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden. Kohlekraftwerke sind ein Hauptverursacher solcher giftigen Stoffe.

Mit Inkrafttreten der Richtlinie begann ein sechs Jahre langer Verhandlungsprozess zwischen EU-Kommission, Mitgliedsstaaten, Industrie und NGOs, um neue Schadstoffgrenzwerte festzulegen. Aber in den Verhandlungsjahren setzt sich die Bundesregierung regelmäßig für schwache Schadstoffgrenzwerte ein.¹¹ In 2013, unter Schwarz-Gelb, verschickt ein Vertreter der deutschen Delegation – ein Mitglied des bayerischen Umweltamts – eine offizielle Stellungnahme, die der Position von Industrievertretern sehr ähnelt, mit dem Appell die Stickoxidgrenzwerte abzuschwächen.¹² Auch in September 2016 schickt ein Beamter des SPD-geführten Bundesministeriums für Umwelt eine E-Mail an die Europäische Kommission und plädiert für einen hohen Stickoxidgrenzwert von 190 mg/m³ (Milligramm pro Kubikmeter) für Kohlekraftwerke.¹³ Und das, obwohl mit den besten verfügbaren Techniken ein Grenzwert von 80 mg/m³ für Stickoxid möglich wäre. Nichtsdestotrotz schlägt die EU-Expertenkommission einen maximalen Grenzwert von 175 mg/m³ vor. Aber Deutschland will an dem höheren Grenzwert von 190 mg/m³ festhalten, denn dann müssen die

⁹ „Staatliche Beihilfen: Kommissionsvorschlag für Ratsverordnung über Stilllegungsbeihilfen für nicht wettbewerbsfähige Kohlebergwerke“, Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 20. Juli 2010. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-10-984_de.htm?locale=en

¹⁰ „Steuerzahler steht bis 2018 für die Zechen ein“, *Die Welt*, 10. Dezember 2010. <https://www.welt.de/wirtschaft/energie/article11527743/Steuerzahler-steht-bis-2018-fuer-die-Zechen-ein.html>

¹¹ „Chronologie der Versäumnisse“, Klima Allianz Deutschland, http://p376185.mittwaldserver.info/fileadmin/user_upload/Dateien/Bilder/Content/Presse/Chronologie_der_Vers%C3%A4umnisse_Gesundheitsstandards_Kohlekraftwerke.pdf

¹² „Smoke & Mirrors – How Europe’s biggest polluters became their own regulators“, Greenpeace, 15. April 2015. https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/smoke-and-mirrors_050315.pdf

¹³ E-Mail abrufbar unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/email-bmu-grenzwerte_pdf.pdf

Kohlekraftwerkbetreiber nicht in Nachrüstungsmaßnahmen investieren.¹⁴ Das Bundesumweltministerium, zuständig für den Schutz der Umwelt, stellt sich damit vor den Kohlekraftwerksbetreibern.

Deutschlands Bemühungen die vorgeschlagenen Schadstoffgrenzwerte zu erhöhen, bleiben aber erfolglos. Am 28. April 2017 stimmen 20 von 28 EU-Staaten für die neuen Grenzwerte. Deutschland stimmt dagegen.¹⁵ Die neuen Grenzwerte werden verabschiedet und Braunkohlekraftwerke ab 300 MW sind nun verpflichtet bis 2021 nachzurüsten, um die neuen Grenzwerte einzuhalten. Aber auch da nimmt die Saga keine Ende.

Denn die gegenwärtige schwarz-rote Koalition verzögert die Umsetzung und verstößt gegen das Bundesimmissionsschutzgesetz. Nach diesem Gesetz (§ 7 Abs. 1a BImSchG) ist sie verpflichtet die neuen EU-Regeln innerhalb eines Jahres in deutsches Recht umzusetzen. Aber diese gesetzlich vorgeschriebene Frist reißt die Bundesregierung am 16. August 2018. Stattdessen will sie erst im Frühjahr 2019 einen Entwurf vorlegen und begeht damit einen Rechtsbruch. Dabei lässt sie auf einer Kleinen Anfrage der Grünen auch die Frage völlig offen, wann sie denn beabsichtigt die neuen Grenzwerte in Kraft treten zu lassen.¹⁶

In den sechs langen Verhandlungsjahren hat sich die Bundesregierung immer wieder für die Interessen der Kohlekraftwerke eingesetzt. „Zahlreiche Staaten, von Großbritannien, USA und Japan bis zu China, haben strenge Schadstoffgrenzwerte für Kohlekraftwerke eingeführt – Grenzwerte die sogar ambitionierter sind als die der EU – aber Deutschland kämpft in Brüssel jahrelang für schwache Werte“, so ein Energieexperte vertraut mit den IED-Verhandlungen. Das Land der Energiewende, der Vorreiter der Erneuerbaren, verteidigt genauso entschlossen die Interessen der Kohlekraft, wie Polen es tut, bekräftigte ein Brüsseler Industrievertreter.

Während Deutschland ein progressiver Treiber bei den europäischen Energie- und Klimazielen für 2020 war, hatte sich der Wind kurz darauf gedreht. Bei den Verhandlungen um die Klima- und Energieziele für 2030 war Deutschland nicht bereit sich für ambitioniertere Ziele einzusetzen. Der europäische **Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030** wurde in 2014 vorgestellt. Die europäischen Staats- und Regierungschefs einigten sich auf drei Ziele bis 2030: eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 40% (gegenüber 1990), eine Erhöhung der Erneuerbaren auf 27% sowie eine Steigerung der Energieeffizienz um 27%. Das Europäische Parlament forderte wiederum 35% für die Erneuerbaren und die Energieeffizienz.¹⁷

¹⁴ „Herz für Kohle“, Greenpeace, 19. Oktober 2016. <https://www.greenpeace.de/themen/energiewende-fossile-energien/kohle/herz-fur-kohle>

¹⁵ „Bessere Luft für Europa“, WWF Pressemitteilung, 28. April 2017. <https://www.wwf.de/2017/april/bessere-luft-fuer-europa/>

¹⁶ „Deutschland verzögert schärfere Schadstoffregeln“, *Wirtschaftswoche*, 17. September 2018. <https://www.wiwo.de/unternehmen/energie/kohleausstieg-deutschland-verzoegert-schaerfere-schadstoff-regeln/23078280.html>

¹⁷ „Ehrgeizige Ziele für eine saubere und effizientere Energienutzung“, Europäisches Parlament Pressemitteilung, 17. Januar 2018. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180112IPR91629/ehргеizige-ziele-fur-eine-sauberere-und-effizientere-energienutzung>

Zahlreiche europäische Mitgliedsstaaten schlossen sich den Forderungen des Europäischen Parlaments an. Luxemburg, Spanien, Frankreich, die Niederlande, Dänemark, Schweden, Italien und Portugal, sie alle unterstützten ambitioniertere Ziele. Es gab große Hoffnungen, dass Deutschland seinen traditionellen Platz in diesem progressiven Lager fortsetzen würde. Das war aber nicht der Fall. Beim Verhandlungstreffen des EU-Energierats in Luxemburg am 11. Juni 2018, sprach sich Bundeswirtschaftsminister Altmaier gegen ambitioniertere Ziele für die erneuerbaren Energien und Energieeffizienz aus.¹⁸ Altmaier wies die Forderung des progressiven Lagers innerhalb des Europäischen Rates zurück. Er plädierte für niedrige Ziele, mit dem Argument, dass man dadurch sicherstellen könne sie auch zu erreichen.¹⁹

Laut Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth, war Altmaiers Forderung sogar ein „klarer Verstoß gegen ressortabgestimmte Positionierung“ gewesen.²⁰ Dementsprechend entsprach Altmaiers Blockade auch nicht den regierungsinternen Verabredungen. Das BMU hatte sich für eine Anhebung der Ziele ausgesprochen

Ein Gesprächspartner mit langjähriger Erfahrung im Bereich der erneuerbaren Energien wies darauf hin, dass Peter Altmaier die Energie- und Klimaziele schon in seiner Zeit als Bundesumweltminister, immer wieder versuchte zu verwässern. Interne E-Mails der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel, zeigen auf, wie, nachdem Peter Altmaier 2012 Norbert Röttgen (CDU) als Umweltminister ablöste, die Bundesregierung darauf drang, die europäische **Richtlinie für mehr Energieeffizienz** aufzuweichen.²¹ Auch Energiekommissar Günther Oettinger hatte in dieser Zeit (2012) anscheinend versucht, Energieeffizienzmaßnahmen zu verwässern.²²

Wenn Bundeskanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Altmaier gewollt hätten, dann hätte man die Ziele auf 35% anheben können, so berichtet ein Gesprächspartner. Letztendlich konnte ein Kompromiss erzielt werden. Man einigte sich auf 32% für die Erneuerbaren (mit einer Revisionsklausel, das Ziel in fünf Jahren evtl. anheben zu können) und 32,5% für Energieeffizienz.²³

Zahlreiche Gesprächspartner berichteten, dass Deutschland auch die europäische **Erneuerbaren-Energien-Richtlinie** verwässerte. So schwächte die Bundesregierung z.B.

¹⁸ „Deutschland torpediert ambitionierte EU-Energieziele“, Euractiv, 12. Juni 2018.

<https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/deutschland-torpediert-ambitionierte-eu-energieziele/>

¹⁹ „EU-Energierat in Luxemburg: Energieminister ebnen den Weg für europäische Energiewende“, BMWI Pressemitteilung, 11. Juni 2018. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2018/20180611-eu-energierat-in-luxemburg-energieminister-ebnen-weg-fuer-europaeische-energiewende.html>

²⁰ „Altmaier stellt sich gegen EU-Vorhaben“, Deutschlandfunk, 13. Juni 2018.

https://www.deutschlandfunk.de/erneuerbare-energien-altmaier-stellt-sich-gegen-eu-vorhaben.697.de.html?dram:article_id=420277

²¹ „Deutschland torpediert europäischen Stromsparplan“, Spiegel Online, 02. Juni 2012.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/energieeffizienz-bundesregierung-torpediert-richtlinie-der-eu-a-836489.html>

²² „Oettinger feels the heat on boiler labelling rules“, Euractiv, 19. September 2012.

<https://www.euractiv.com/section/energy/news/oettinger-feels-the-heat-on-boiler-labelling-rules/>

²³ „Rat, Parlament und Kommission einig“, Europäische Kommission, 14. Juni 2018.

https://ec.europa.eu/germany/news/energien20180614_de und https://ec.europa.eu/germany/news/20180620-energieunion_de

Initiativen, mehr Rechte für kleine Eigenerzeuger von erneuerbaren Energien zu schaffen. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission wollten die finanziellen Hürden (Abgaben, Entgelte, etc.) abschaffen, um den dezentralen Bürgerstrom zu fördern.²⁴ In den Trilogverhandlungen hatte es, laut Teilnehmern und Gesprächspartnern im Umfeld der Verhandlungen, die Einigung gegeben, die Eigenerzeugung nicht mit Steuern und Gebühren zu belasten. Die Bürgerenergieverbände hatten diese Einigung gefeiert. Als zwei Tage später, das Ergebnis des Trilogs bestätigt werden sollte, waren, laut einem Gesprächspartner Austauschseites dabei. U.a. wollte Deutschland ein „Missverständnis“ korrigieren und fügte in den Text u.a. das Wort „teilweise“ ein. Damit wären Eigenverbraucher nur noch „teilweise“ aus Gebühren ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang haben Vertreter der Bundesregierung dann gesagt, berichtet ein Experte aus dem Energiebereich vertraut mit den Verhandlungen, dass dadurch in Deutschland nun nichts mehr geändert werden müsse.

Auch eine **Erhöhung des Klimaziels** scheiterte am Widerstand Deutschlands. EU-Kommissar Canete wollte in Vorfeld der Weltklimakonferenz Dezember 2018 in Polen ein Zeichen des Aufbruchs vermitteln und hatte vorgeschlagen, das EU-Klimaziel von -40% auf -45% anzuheben. Diese -45%, so Canete, würden durch den neuen gesetzlich festgeschriebenen Maßnahmen bei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, sowieso erreicht werden.²⁵ Während Kanzlerin Merkel 2015 beim G7 Gipfel auf Schloss Elmau noch groß das Ziel verkündete, bis zum Ende des 21. Jahrhunderts die Weltwirtschaft komplett zu dekarbonisieren, war sie nicht bereit das EU-Klimaziel für 2030 auf fünf Prozent anzuheben.

In anderen Gesetzesvorhaben spielte Deutschland ebenfalls keine progressive Rolle. Verschiedene NGO Vertreter berichteten, dass in den Verhandlungen zur **Strommarktreform** Deutschland sich zusammen mit Polen dafür einsetzte Subventionen für Kohlekraftwerke, als Reservekraftwerke, bis 2035 laufen zu lassen. Nichtsdestotrotz beschloss die EU letztendlich die Kohlekraftförderung schon ab 2025 auslaufen zu lassen.

Auch bei der neuen **EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie (2018)** trat Deutschland angeblich auf die Bremse. In der ersten Verhandlungsrunde am 07. November 2017 wurden von mehreren EU-Staaten ambitionierte Zielsetzungen blockiert.²⁶ Laut eines Mitarbeiters des Verbraucherzentrale Bundesverbands hatte Deutschland mehrere Nachhaltigkeitsmaßnahmen abgelehnt, darunter z.B. den verpflichtenden Aufbau von Ladesäulen für Elektromobilität auf Anwohnerparkplätzen; den Smartness-Indikator, der Verbrauchern Auskunft über die Zukunftsfähigkeit des Gebäudes geben sollte, sowie eine Reform des Gebäudeenergieausweises und die Festlegung von Mindeststandards für den Neubau.

²⁴ „Deutschland: Blockiert neue Eigenerzeuger-Rechte in der EU“, ee news, 05. April 2018. <https://www.ee-news.ch/de/erneuerbare/kommentare/article/38180/deutschland-blockiert-neue-eigenerzeuger-rechte-in-der-eu>

²⁵ „EU will Klimaziel Union für 2030 doch nicht offiziell anheben“, Handelsblatt, 28. September 2018. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/rueckzieher-eu-will-klimaziel-union-fuer-2030-doch-nicht-offiziell-anheben/23124618.html?ticket=ST-4322737-xlcdQlkkRJ5zUgVXWhf0-ap2>

²⁶ „Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene für einen stärkeren Klimaschutz im Gebäudebereich einsetzen“, duh, 08. November 2017. <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/bundesregierung-muss-sich-auf-eu-ebene-fuer-einen-staerkeren-klimaschutz-im-gebaeudebereich-einsetzen/>

Bei der **Reform des Emissionshandels** gab es unterschiedliche Ansichten verschiedener Gesprächspartner. Ein Experte zum Emissionshandel berichtete, dass die FDP zusammen mit Teilen der CDU, den Kommissionsvorschlag zum **Backloading** (2013) torpedieren wollte. In den Jahren 2012-2013 war der CO₂-Preis durch überschüssige CO₂-Zertifikate auf vier Euro je Tonne CO₂ eingebrochen. Der Backloading-Vorschlag hätte die Versteigerung von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten im Emissionshandel verschoben. Diese Verknappung war nötig, um den CO₂-Preis ansteigen zu lassen. Die schwarz-gelbe Koalition konnte sich allerdings nicht auf eine Position einigen. Wirtschaftsminister Rösler war gegen den Vorschlag, während Umweltminister Altmaier dafür war. Kanzlerin Merkel enthielt sich. Dadurch hatte Deutschland keine offizielle Position im Rat, während zahlreiche EU-Staaten den Backloading-Vorschlag unterstützten (Großbritannien, Spanien, Italien, Niederlande, Österreich, Finnland, Slowenien, Rumänien, Belgien, Slowakei). Erst die schwarz-rote Koalition, die sich Ende 2013 bildete, machte den Weg für eine Reform frei.²⁷

Um den Emissionshandel langfristig zu stabilisieren, schlug die Europäische Kommission in 2014 eine **Marktstabilitätsreserve** vor, um das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage flexibel zu beheben. Dort hat Deutschland, laut zwei Gesprächspartnern die mit den Verhandlungen vertraut waren, auf der progressiven Seite mitgearbeitet. Deutschland sei zwar kein Treiber gewesen, habe aber dem progressiven Lager angehört. Von unterschiedlichen Gesprächspartnern wurde allerdings bemängelt, dass Deutschland sich regelmäßig gegen einen CO₂-Mindestpreis ausgesprochen hat. Großbritannien und Frankreich haben schon CO₂-Mindestpreise eingeführt, während sich Deutschland solch einer Maßnahme weiterhin verweigert.²⁸ Einige Gesprächspartner wiesen darauf hin, dass die unterschiedlichen Gesetzesvorhaben beim Emissionshandel sich immer wieder wegen mangelnder Positionierung der Bundesregierung verspäteten. Dies sei auch bei der **EU-Energieeffizienzrichtlinie (2012)** der Fall gewesen. Lange Zeit war die Ratspräsidentschaft gegenüber dem Europäischen Parlament nicht voll verhandlungsfähig, weil Deutschland als größter Mitgliedstaat der EU keine Positionierung vorgenommen hatte, berichtet ein Experte vom Verbraucherzentrale Bundesverband. Der Grund dafür waren Streitigkeiten zwischen dem Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium, die sich in der nationalen Ressortabstimmung nicht auf eine Position einigen konnten.

Die Beispiele zeigen: Die Bundesregierung hat keinen ökologischen Gestaltungs- und Führungsanspruch mehr. Deutschland, so berichten zahlreiche Stakeholder, hat sich vom progressiven Lager verabschiedet und vertritt zunehmend ähnliche Positionen wie die Visegrad-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei).

²⁷ „Was ist backloading?“, Webseite von Rebecca Harms MdEP, 11. September 2013. <https://rebecca-harms.de/post/was-ist-backloading-32570>

²⁸ „Deutschland blockiert Einführung von CO₂-Preis und verweigert Frankreich damit wichtige Unterstützung für Klimaschutz und Atomausstieg“, DUH, 26. April 2018. <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutschland-blockiert-einfuehrung-von-co2-preis-und-verweigert-frankreich-damit-wichtige-unterstuetzun/>

Beim aktuellen internationalen Klimaschutzindex, der die Fortschritte der Staaten bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens mißt, rutschte Deutschland 2018 fünf Plätze ab. Damit liegt Deutschland jetzt – hinter Ägypten, Mexiko und der Slowakei – auf Platz 27.²⁹

Laut dem Handelsblatt beklagen selbst Industrievertreter, wie Holger Lösch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), dass es der Bundesregierung „an Konsequenz bei der Umsetzung von Klimazielen“ fehle und am Ende oft „unglückliche Kompromisse“ stehen.³⁰ Unterschiedliche Gesprächspartner berichteten, dass der Aufstieg der AfD dafür gesorgt habe, dass sich die CDU/CSU und in ostdeutschen Bundesländern, in denen 2019 Landtagswahlen anstehen, auch SPD-Teile ökologischen Fragen noch mehr verweigerten. Ein Gesprächspartner aus der Energiebranche berichtete, er habe den Eindruck, dass CDU/CSU Politiker aus Angst vor der AfD sich von Erneuerbaren und Klimaschutz abwenden würden. Ein weiterer Gesprächspartner bestätigte, dass die CDU/CSU sich mit dem Aufstieg der AfD vom Klimaschutz verabschiedet hätte. Allerdings könnte sich dieser „politische Opportunismus“ wieder ändern. Als Beispiel nannte er Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Seitdem die Grünen in Bayern einen Höhenflug erleben, würde er sich nun rhetorisch stärker dem Klimaschutz widmen. Söder erklärte man werde sich „ökologisch deutlich verstärken“ und er kündigte eine Vorreiterrolle bei den Klimaschutzgesetzen Bayerns an.³¹

Die SPD wiederum ist in einer existenziellen Krise und würde sich dadurch auch von der Ökologie entfernen.³² Die SPD würde das Thema für nicht gewinnbringend halten, so ein Gesprächspartner.

Deutschland ist in Energie- und Klimafragen in einem bipolaren Zustand. Es ist das Land der Energiewende und gleichzeitig das Land des Kohlestroms. 2018 war das Jahr in dem die erneuerbaren Energien erstmals so viel Strom lieferten wie die Braun- und Steinkohle.³³

Viele sehen in Deutschland immer noch das Land der erneuerbaren Energien, aber auf den Lorbeeren der progressiven Jahre nach der Jahrtausendwende kann sich die Bundesregierung nicht ausruhen. Nach 2009 hat die Bundesregierung systematisch versucht ambitionierte Ziele abzuschwächen und Grenzwerte für Kohlekraftwerke zu erhöhen. Zusätzlich hat sie in zahlreichen Fällen die Verhandlungen auf EU-Ebene verzögert, da sie keine einheitliche Positionierung innerhalb der Regierung abstimmen konnte.

²⁹ „Climate Change Performance Index 2019“, Germanwatch, CAN, NewClimate Institute, 2018.

https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/CCPI2019_Results_WEB.pdf

³⁰ „Die Öko-Lüge – Wie Deutschland seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz verspielt“, Handelsblatt, 18. Oktober 2018. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiewende-die-eko-luege-wie-deutschland-seine-vorreiterrolle-beim-klimaschutz-verspielt/23192396.html?ticket=ST-4515569-Hv7avufAz7AnsKeq5Lij-ap2>

³¹ „Söder schweigt wortreich zu Seehofer“, Tagesschau, 04. November 2018.

<https://www.tagesschau.de/inland/interview-soeder-105.html>

³² „Nahles warnt Grüne vor ‚Blutgrätsche‘ beim Klimaschutz“, Westfälische Rundschau, 31. August 2018,

<https://www.wr.de/politik/nahles-warnt-gruene-vor-blutgraetsche-beim-klimaschutz-id215220763.html>

³³ „Ökostrom zieht 2018 erstmals mit Kohlestrom gleich“, Handelsblatt, 06. Januar 2019.

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiewende-oekostrom-zieht-2018-erstmal-mit-kohlestrom-gleich/23832888.html>

Auch im Bereich der Automobilindustrie, hat die Bundesregierung sich regelmäßig dafür eingesetzt die Emissionsgrenzwerte aufzuweichen.

2. Verkehrsemissionen

Der Verkehr ist einer der größten Verursacher von Stickstoffoxiden und Treibhausgasemissionen. 2016 war er für rund 20% der Emissionen von Treibhausgasen und 40% von Stickstoffoxiden verantwortlich.³⁴ In Europa stößt der Verkehr heutzutage sogar 20 Prozent mehr Abgase aus als in den 90er Jahren. Damit ist dieser Sektor der einzige, in dem die Emissionen gestiegen sind.³⁵ Und der Verkehrssektor ist auch ein berüchtigtes Beispiel deutscher Einflussnahme auf EU-Ebene.

Seit Jahren versucht die Europäische Union die verkehrsbedingten Emissionen in den Griff zu bekommen. Nachdem in 2007 eine freiwillige Vereinbarung mit den europäischen Automobilherstellern gescheitert war, legte die Europäische Kommission den Fokus auf verbindliche CO₂-Grenzwerte. So machte sie 2012 mit der **EU-Verordnung zur Verminderung der CO₂-Emissionen von PKW**, den Vorschlag die durchschnittlichen CO₂-Emissionen der Flotte neuer PKW auf 95g/km (Gramm pro Kilometer) bis 2020 zu senken.³⁶ Juni 2013 einigte sich das Europäische Parlament im Trilog mit der Europäischen Kommission und den Ratsvorsitz auf diesen Grenzwert. Es war vorgesehen, dass der Europäische Rat den Kompromiss am 27. Juni 2013 zustimmen würde. Die deutsche Bundesregierung wehrte sich allerdings vehement gegen diesen CO₂-Grenzwert. Am Abend vor dem europäischen Gipfel, telefonierte Frau Bundeskanzlerin Merkel noch mit den damaligen irischen Ratsvorsitzenden, Enda Kenny, und bat ihn das Thema von der Tagesordnung zu nehmen.³⁷ Insgesamt, konnte Berlin zweimal eine Einigung zum Gesetz verhindern. Angela Merkel telefonierte intensiv mit den anderen europäischen Staats- und Regierungschefs, um das CO₂-Ziel zu verwässern. In seiner politischen Biographie „Against the Grain“, beschreibt der ehemalige britische Verkehrsminister, Norman Baker, wie der damalige Premierminister David Cameron nach einem Telefonat mit Angela Merkel, die deutschen Interessen unterstützte.³⁸

Auch Umweltminister Peter Altmaier, setzte sich in dieser Zeit dafür ein, den CO₂-Grenzwert zu verhindern. Heutzutage kritisiert er, dass die deutsche Autoindustrie nicht innovativ genug

³⁴ „Umweltbelastung durch Verkehr“, Umweltbundesamt, 19. Oktober 2018.
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/umweltbelastungen-durch-verkehr#textpart-3> und „Energiebedingte Emissionen“, Umweltbundesamt, 06. Juni 2018.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen#textpart-1>

³⁵ Turmes, Claude. *Die Energiewende – Eine Chance für Europa*, oekom, München 2017, Seite 196; „Emissionen des Verkehrs“, Umweltbundesamt, 16. Oktober 2018.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#textpart-1>

³⁶ „Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 hinsichtlich der Festlegung der Modalitäten für das Erreichen des Ziels für 2020 zur Verringerung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen /* COM/2012/0393 final - 2012/0190 (COD) */“, 2012, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52012PC0393&from=DE>

³⁷ „German government slowed reform of vehicle emission rules“, Financial Times, 23. September 2015.
<https://www.ft.com/content/749d8ff2-612d-11e5-a28b-50226830d644>

³⁸ „In Germany, a Cozy Relationship Between Carmakers and Government“, New York Times, 01. Oktober 2015.
<https://www.nytimes.com/2015/10/02/world/europe/germany-volkswagen-autos-merkel.html>

ist und keine guten Elektroautos baut³⁹, während er damals ganz vorne mit dabei war die Regeln, die einen Innovationsschub hätten geben können, abzuschwächen.⁴⁰ Während Deutschland gegen die Emissionsgrenzwerte kämpfte, bekam die Regierungspartei CDU auch zufällig eine Parteispende von 690.000 EUR von der Quandt/Klatten Familie, Hauptanteilseigner von BMW.⁴¹

Letztendlich gelang es der deutschen Bundesregierung, das Inkrafttreten der Grenzwerte um ein Jahr zu verzögern (auf 2021), sowie ein Bonussystem, das Niedrigemissionsfahrzeuge in der Berechnung der Flottenemissionen begünstigte, weiter zu stärken. In den ursprünglichen Vorschlag hätten PKWs, die weniger CO₂ als 35g/km emittieren, als 1.3 PKWs in der Flotte der Automobilhersteller gezählt. Dieses Bonussystem namens „Supercredits“ würde den Automobilherstellern helfen, mit Niedrigemissionsfahrzeuge schneller den Durchschnittsgrenzwert von 95g/km zu erreichen. Die deutsche Bundesregierung baute dieses System aber weiter aus. Am Ende galt das Bonussystem für PKW mit 50g/km und diese würden als 2 PKWs in der Flotte zählen.

2017 veröffentlichte die EU-Kommission einen **neuen Vorschlag für die CO₂-Grenzwerte von PKWs**. Bis zum Jahr 2030 sollen die Autohersteller den CO₂-Ausstoß von Neuwagen um 30% reduzieren.⁴² Ursprünglich war eine verbindliche Quote von Elektroautos geplant. Von diesem Vorschlag sei die EU-Kommission nach einem Telefonat zwischen Matthias Wissmann, Chef des deutschen Automobilverbands, und Martin Selmayr, Junckers Büroleiter, abgerückt, berichtet Greg Archer von der europäischen Umweltorganisation T&E. „Die Regeln wurden in letzter Minute aufgeweicht und zwar unmittelbar nach einem Telefonat zwischen dem Büro von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Matthias Wissmann“, behauptet Archer.⁴³

Das Europäische Parlament forderte letztendlich eine Reduzierung von 40% bis 2030 und ein Ziel von mindestens 35% Autos mit geringem oder keinem CO₂-Ausstoß. Die Bundesregierung war wieder koalitionspolitisch zerstritten und hatte keine Position. Umweltministerin Svenja Schulze forderte eine Reduzierung von 40% bis 50% während Wirtschaftsminister Altmaier und Verkehrsminister Scheuer (CSU) den Kommissionsvorschlag von 30% unterstützten.⁴⁴ Vertreter der Automobilbranche hatten schon Sorge, dass sich die

³⁹ „Altmaier kritisiert deutsche Autohersteller für unattraktive Elektroautos“, Handelsblatt, 18. November 2018. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/bundeswirtschaftsminister-altmaier-kritisiert-deutsche-autohersteller-fuer-unattraktive-elektroautos/23651768.html?ticket=ST-4900406-CK9EBuUeM7qelxEHD0sK-ap2>

⁴⁰ „Altmaier rechnet mit Sieg der Auto-Lobby“, Spiegel Online, 14. Oktober 2013. <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/altmaier-sieht-abstimmung-ueber-co2-grenzwerte-scheitern-a-927707.html>

⁴¹ „Merkel und der Vorwurf der gekauften Politik“, Spiegel Online, 15. Oktober 2013. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bmw-quandt-familie-spendet-an-cdu-kritik-von-parteienrechtlern-a-927959.html>

⁴² „30 Prozent weniger CO₂ – EU-Kommission beschließt Vorgaben für 2030“, Spiegel Online, 08. November 2017. <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/eu-kommission-beschliesst-co2-vorgaben-fuer-2030-a-1177010.html>

⁴³ „Der Kampf der Lobbyisten“, Stuttgarter Nachrichten, 15. November 2017. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.co2-ziele-in-der-eu-der-kampf-der-lobbyisten.002031dc-2117-4c8b-a1df-b79fa79433cc.html>

⁴⁴ „German auto pollution fight clouds EU efforts to cut car emissions“, Politico Pro, 9. Juli 2018. Juli 2018.

Bundeskanzlerin diesmal nicht für schwächere Grenzwerte für die Automobilindustrie einsetzen würde. „Angela Merkel wird sich zum ersten Mal nicht für uns in die Bresche werfen“, hieß es aus der Industrie, laut Informationen der WirtschaftsWoche.⁴⁵ Dies war aber nicht der Fall. Auch Bundeskanzlerin Merkel sprach sich für die 30% aus.⁴⁶

Im Europäischen Rat war Deutschland damit im Visegrad-Lager präsent. Zusammen mit Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei kämpfte Deutschland für ein Reduzierungsziel von 30%, während eine progressive Koalition aus 17 EU-Mitgliedsstaaten sich für ein Reduzierungsziel von 40% bis 2030 aussprachen.⁴⁷

In den endgültigen Verhandlungen wurde dann ein ambitionierterer Kompromiss gefunden: die CO₂-Emissionen von Neuwagen sollen bis 2030 um 37,5% sinken, mit einem Zwischenziel von -15% bis 2025.⁴⁸

Das Ergebnis zeigt: Deutschland hat sich in der Umweltpolitik europaweit isoliert. Die Bundesregierung war, anders als vor fünf Jahren, nicht in der Lage eine Blockade-Allianz zu schmieden. Zahlreiche Gesprächspartner berichteten, dass Deutschlands Einfluss in Europa nicht mehr derselbe sei, wie früher.⁴⁹

Viele Mitgliedsstaaten würden sich den deutschen Interessen nicht mehr beugen, so ein NGO-Vertreter. Die Koalition sei nicht stabil und Merkel sei in ihrer Partei auch geschwächt. Zweitens, hätte Deutschlands europäische Austeritätspolitik und das knallharte Durchsetzen von nationalen Interessen (z.B. 2012-2013 bei den EU-Emissionsgrenzwerten für PKW bis 2020), dafür gesorgt, dass sich die anderen EU-Mitgliedsstaaten nicht mehr an Deutschland orientieren würden. Es gäbe daher bei den anderen Brüsseler Vertretungen der EU-Mitgliedsstaaten seit neuestem einige Ressentiments gegenüber Deutschland, erzählte ein Mitarbeiter des Europäischen Parlaments.

Auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen zu **CO₂-Grenzwerte für LKWs** bis 2030 nimmt die Bundesregierung eine Bremserrolle ein. LKWs machen zwar nur fünf Prozent der Fahrzeuge in Europa aus, sie sind aber für fast ein Viertel der CO₂ Emissionen des Verkehrs verantwortlich.⁵⁰ Die Europäische Kommission hatte dementsprechend vorgeschlagen, den CO₂-Ausstoß von LKWs bis 2030 um 30% zu reduzieren. Bei der Abstimmung der EU-Umweltminister im Dezember 2018, war Deutschland das einzige EU-Mitgliedsland, das sich enthielt. Alle anderen 27 EU-Staaten stimmten den EU-Kommissionsvorschlag zu. Die Bundesregierung enthielt sich, da sie sich nicht auf eine gemeinsame Position einigen

⁴⁵ „Neue CO₂-Limits: Der einsame Kampf der Autobauer“, Wirtschaftswoche, 6. September 2018.

⁴⁶ „Umweltministerin akzeptiert laschere CO₂-Vorgaben für Autos“, Zeit Online, 28. September 2018.
<https://www.zeit.de/mobilitaet/2018-09/svenja-schulze-co2-grenzwerte-klimaziele-eu-kommission>

⁴⁷ „Major country alliance pushes for car emissions cuts of at least 40 percent“, Politico Pro, 20. September 2018.

⁴⁸ „EU-Unterhändler einigen sich auf schärfere CO₂-Grenzwerte für Autos“, dpa, 17. Dezember 2018.

⁴⁹ Auch Presseberichte bestätigen dies: Brussels Playbook 10. November 2018.

<https://www.politico.eu/newsletter/brussels-playbook/politico-brussels-playbook-presented-by-etno-brace-for-brexits-impact-cars-and-fish-fingers-liberals-macron-conundrum/>

⁵⁰ „Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge“, Verkehrsclub Deutschland,
https://www.vcd.org/fileadmin/user_upload/Redaktion/Themen/Auto_Umwelt/CO2-Grenzwert/2018_11_09_Stellungnahme_VCD_CO2-Standards_Lkw.pdf

konnte. Umweltministerin Svenja Schulze erklärte, dass sie dem 30%-Vorschlag gerne zugestimmt hätte, sich aber nicht mit dem Bundeskanzleramt darüber verständigen konnte. „Sich in einer so wichtigen umweltpolitischen Frage zu isolieren, ist mehr als peinlich“, erklärte die SPD-Politikerin.⁵¹

Deutschland hat immer wieder einen Schutzzaun um die deutsche Automobilindustrie gezogen und sich für schwache Emissionsgrenzwerte eingesetzt. Aber solch ein Schutzzaun macht träge. Die Automobilmärkte verändern sich rasant. Immer mehr Autohersteller setzen auf fossilfreie Alternativen, wie die Elektromobilität. Die weltweite Konkurrenz nimmt zu. Mit ihren Innovationen beim Verbrennungsmotor hat sich die deutsche Automobilindustrie in den letzten 15 Jahren in eine Richtung entwickelt, die sich nun als technologische Sackgasse entpuppt. Mit den Technologien des 20. Jahrhunderts erobert man nicht die neuen Märkte des 21. Jahrhunderts. Mit ihrer Ambitionslosigkeit und Einflussnahme auf EU-Ebene, hat die Bundesregierung der deutschen Autoindustrie einen Bärendienst erwiesen.

3. EU-Chemikalienpolitik

In der europäischen Chemikalienpolitik hatte Deutschland in den Jahren nach der Jahrtausendwende eine aktive Rolle gespielt. Die Bundesregierung hatte sich aktiv in die **REACH-Verordnung** eingebracht und sich für strikte Richtwerte bei der **EU-Spielzeugrichtlinie** eingesetzt.⁵² Dies galt auch für die darauffolgenden Jahre. 2012 reichte die Bundesregierung zur Spielzeugrichtlinie eine Klage gegen die EU-Kommission ein und 2018 kritisierten das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und das Umweltbundesamt (UBA), dass nur ein Drittel der hochvolumigen Chemikalien der REACH-Verordnung entsprechen.⁵³

Anders sieht das Bild aus bei der europäischen **Pestizid-Verordnung** (2009) und den hormonverändernden **Endokrinen Disruptoren**. Unterschiedliche Gesprächspartner betonten die positive Rolle des Umweltbundesamts als Einvernehmensbehörde in der europäischen Pestizid-Verordnung, in Hinblick auf dessen Zweckbestimmung des Umwelt- und Verbraucherschutzes. Das Bundeslandwirtschaftsministerium bzw. das zuständige BVL würde sich demgegenüber eher als Vertreter der Agrarwirtschaft verstehen und die Notwendigkeit des chemischen Pflanzenschutzes betonen. Aufgrund dieser unterschiedlichen politischen Sichtweisen auf Schutzziele gibt es immer wieder, so die Experten, Grabenkämpfe zwischen den Umwelt und Landwirtschaftsministerium und dessen untergeordneten Behörden.

So beschreibt eine Studie des Europa-Abgeordneten Martin Häuslings, wie das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vermehrt das Instrument der „Notfallzulassung“ anwendet. Das BVL kann, ohne Beteiligung des UBA, bestimmte

⁵¹ „Schulze streitet mit Kanzleramt über CO2-Grenzwerte für LKW“, dpa, 20. Dezember 2018; „Bundesregierung verteidigt Enthaltung bei CO2-Grenzwerten für LKW“, dpa, 21. Dezember 2018.

⁵² „EU-Spielzeug-Richtlinie: Deutschland setzt sich für strengere Grenzwerte ein“, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft“, 03. Mai 2015.

<https://www.bmel.de/DE/Ernaehrung/Gesundheit/Spielzeugsicherheit/Texte/Spielzeugrichtlinie.html>

⁵³ *Ibid*; „Mangelhafte Prüfung bei Chemikalien“, VDI, 8. November 2018. <https://www.vdi-nachrichten.com/Gesellschaft/Mangelhafte-Pruefung-Chemikalien>

Pflanzenschutzmittel für eine begrenzte Zeit zulassen, auch wenn diese normalerweise verboten sind. „In den letzten zwei Jahren genehmigte das BVL 2015 für Deutschland über 40 und 2016 fast 50 Notfallzulassungen. Das BVL definiert die ‚Gefahr‘ für die Kulturen nach eigenem Ermessen und nach wirtschaftlichen Erwägungen. Ebenso ist es häufig politischem Druck aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium ausgesetzt.“⁵⁴

Mit der Novellierung des deutschen Pestizidrechts in 2012 gab es auch Versuche, die Beteiligung des UBA bei der Pestizidgenehmigung zu entfernen. Dies konnte allerdings erfolgreich abgewehrt werden.⁵⁵

Bei den **Endokrinen Disruptoren** hatte die Bundesregierung sich für höhere Zulassungen für diese hormonschädlichen Wirkstoffe eingesetzt. Das europäische **Pestizid- (1107/2009) und Biozidrecht (528/2012)** verbietet maßgeblich Substanzen mit hormonverändernden Eigenschaften.⁵⁶ Beim Inkrafttreten der Pestizid-Verordnung fehlten allerdings einheitliche Identifizierungskriterien für Endokrine Disruptoren. Die EU-Kommission war beauftragt Kriterien bis zum Dezember 2013 vorzuschlagen. Diese Frist ließ sie allerdings verstreichen. Daraufhin legte Schweden in 2014, mit Unterstützung anderer Mitgliedsstaaten (ohne Deutschland), eine Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGh) ein. 2015 verurteilte der EuGh die EU-Kommission, woraufhin sie in 2016 einen Kriterienvorschlag zu den Endokrinen Disruptoren veröffentlichte. Dieser Kriterienvorschlag enthielt allerdings auch Ausnahmen für bestimmte Stoffe und hätte damit eine Hintertür für Endokrine Disruptoren offengelassen.

Diese Ausnahmeregelung wurde von der deutschen Bundesregierung, zusammen mit Großbritannien, eingebracht und vorangetrieben.⁵⁷ Sie hätte die Pestizid- und Biozid-Verordnungen in ihrer wesentlichen Form verändert:

„So ist die von Deutschland eingebrachte Ausnahmeregelung für bestimmte Pestizide und Biozide, die gezielt hormonell wirken, aus Sicht von PAN Germany nicht vereinbar mit den Zielen des EU-Pestizid- und Biozidrechts, noch wissenschaftlich begründbar. Mit dieser vorgeschlagenen Ausnahmeregelung droht ein völlig neues Rechtsverständnis, nämlich die Relativierung von Stoffbewertungen je nach Nützlichkeit und vordergründiger wirtschaftlicher Bedeutung einer Substanz.“⁵⁸

Eine Expertin zum Thema berichtete, dass das BfR diese Ausnahmeregelung angeschoben und diesbezüglich auch andere Ministerien, wie das BMU, umgangen hätte.

⁵⁴Brückmann, Thomas. „Fehler im System? Die geltende europäische und nationale Gesetzgebung“ in *Gift auf dem Acker? Innovativ geht anders! Ein Plädoyer für eine giftfreie Landwirtschaft*, Grüne/EFA im Europäischen Parlament, Januar 2018. https://www.martin-haeusling.eu/images/Pestizide_WEB.pdf

⁵⁵ *Ibid.*

⁵⁶ „Commission Proposal on identifying endocrine disruptors“, Briefing des Europäischen Parlaments, Juli 2016. http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/586629/EPRS_BRI%282016%29586629_EN.pdf

⁵⁷ „Endocrine legislation could be delayed years after veto“, EUObserver, 9. Oktober 2017.

<https://euobserver.com/health/139334> ; „A Toxic Affairs: How the Chemical Lobby blocked action on hormone disrupting chemicals“, Corporate Europe Observatory, Mai 2015.

https://corporateeurope.org/sites/default/files/toxic_lobby_edc.pdf

⁵⁸ Smolka, Susanne. „Schöne neue Pestizid-Welt: Lobbyinteressen vs. Vorsorgeprinzip“, in *Gift auf dem Acker? Innovativ geht anders! Ein Plädoyer für eine giftfreie Landwirtschaft*, Grüne/EFA im Europäischen Parlament, Januar 2018. https://www.martin-haeusling.eu/images/Pestizide_WEB.pdf

Der Kommissionsvorschlag stieß auf heftige Kritik und das Europäische Parlament lehnte den Vorschlag in 2017 ab. Ende 2017 stimmten die EU-Mitgliedsstaaten einer neuen Fassung, ohne Ausnahmeregelung, zu.⁵⁹ Die neuen Kriterien und technische Leitlinien sind damit mittlerweile für das Pestizid- und das Biozidrecht, nach knapp fünfjähriger Verspätung, in Kraft.

Unterschiedliche Gesprächspartner berichteten, dass das BfR eigene politische Positionen vertritt und versucht diese in Gesetzesvorhaben einfließen zu lassen. Ein weiteres Problem würde darin bestehen, dass offenbar Industriepositionen bei der Stoffbewertung im Rahmen von Genehmigungs- und Zulassungsverfahren vom BfR ohne umfängliche Gegenprüfung übernommen werden. Das sei z.B. beim Unkrautvernichtungsmittel **Glyphosat** der Fall gewesen. Ein Medienbericht von T-Online deckte auf: „In ihrer Bewertung über das krebserzeugende Potenzial von Glyphosat übernahmen die BfR-Autoren ganze Abschnitte wörtlich aus dem Zulassungsantrag von Monsanto und anderen Herstellern. Was deshalb von Bedeutung war, weil die BfR-Bewertung maßgeblich in die Beurteilung der EU-Lebensmittel- und Chemikalienbehörde einfluss.“⁶⁰ Ein vor kurzem veröffentlichter Bericht der Fraktionen Grüne/EFA, S&D und GUE/NGL im Europäischen Parlament bestätigt die Plagiatsvorwürfe. Laut den Gutachtern für Plagiatsprüfung müsste die Hälfte der Kapitel der BfR Bewertung von Glyphosat Studien als Plagiat bezeichnet werden.⁶¹ Das BfR widerspricht den Plagiatsvorwürfen mit dem Hinweis, dass es bei Bewertungsverfahren bei Pflanzenschutzmitteln üblich und anerkannt sei, „dass Bewertungsbehörden nach kritischer Prüfung auch relevante Passagen aus eingereichten Dokumenten der Antragsteller in ihre Bewertungsberichte integrieren.“⁶²

Die Abstimmung im Europäischen Rat über die Zulassung für Glyphosat ist ein Paradebeispiel der regierungsinternen Zerstrittenheit. Seit 2015 konnten sich das Landwirtschaftsministerium der CSU und das Umweltministerium der SPD nicht einigen, ob Deutschland für eine Zulassung oder ein Verbot des krebverdächtigen Herbizids stimmen sollte. Dementsprechend hätte sich Deutschland, laut Geschäftsordnung der Bundesregierung, bei der EU-Abstimmung enthalten müssen. Doch es kam anders. Interne Akten belegen, dass das Landwirtschaftsministerium schon seit Langem plante, Glyphosat in der EU zuzulassen.⁶³ Am 27. November 2017 stimmte Minister Schmidt für die

⁵⁹ „Member states give green light to Commission’s plan on endocrine disruptors“, Euractiv, 14. Dezember 2017. <https://www.euractiv.com/section/endocrine-disruptors/news/member-states-give-green-light-to-commissions-plan-on-endocrine-disruptors/>

⁶⁰ „Eine politische Torheit mit schweren Folgen“, t-online.de, 28. November 2017. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/bundestagswahl/id_82793874/entscheidung-zu-glyphosat-was-trieb-christian-schmidt-.html

⁶¹ Weber, Stefan; Burtscher-Schaden, Helmut. *Detailed Expert Report on Plagiarism and superordinated Copy Paste in the Renewal Assessment Report (RAR) on Glyphosate*, January 2019. <https://www.greens-efa.eu/files/doc/docs/298ff6ed5d6a686ec799e641082cdb63.pdf>

⁶² „Europäische Glyphosatbewertung erfolgt qualitätsgesichert und unabhängig - Berichte der Industrie sind zwangsläufig Teil der Bewertungsberichte“, BfR, 15. Januar 2019, https://www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2019/02/europaeische_glyphosatbewertung_erfolgt_qualitaet_sgesichert_und_unabhaengig_berichte_der_industrie_sind_zwangslaefug_teil_der_bewertungsberichte-239496.html

⁶³ „Glyphosat – Minister Schmidt darf bleiben“, Süddeutsche Zeitung, 28. November 2017. <https://www.sueddeutsche.de/politik/nach-abstimmung-in-bruessel-glyphosat-minister-schmidt-darf-bleiben-1.3769358>

Zulassungsverlängerung. Deutschland war die entscheidende Stimme und war damit Wegbereiter für Glyphosat in Europa.

Die Glyphosat-Abstimmung ist der Höhepunkt der regierungsinternen Zerstrittenheit in ökologischen Fragen. Über Jahre hinweg gab es immer wieder Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen Ministerien. In zahlreichen EU-Gesetzesvorhaben konnten sich die Ministerien nicht einigen (siehe z.B. Emissionshandel, Energie- und Klimaziele 2030, Emissionsgrenzwerte für LKWs). Dementsprechend wurden Entscheidungen vertagt, Deutschland enthielt sich, oder die Kanzlerin traf letztendlich die Entscheidung. Mit der Glyphosat-Abstimmung wird mit diesem Prinzip gebrochen. Es zeigt das Bild einer Regierung im offenen Konflikt mit sich selbst. Nur ein halbes Jahr später gab es, laut Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth, schon wieder einen „klaren Verstoß gegen ressortabgestimmte Positionierung“ als Wirtschaftsminister Altmaier sich im Europäischen Rat Mitte Juni 2018 gegen ambitionierte Energieziele aussprach.⁶⁴

Anfang der 2000er Jahre war Deutschland ein progressiver Gestalter europäischer Chemikalien-Gesetzgebung. Jetzt sind es, bekräftigte eine Expertin, Frankreich und die skandinavischen Länder, die das progressive Lager anführen. Mit der Ausnahmeregelung für hormonschädliche Wirkungsstoffe und der Glyphosat-Abstimmung, hat sich Deutschland eindeutig für eine schwächere Chemikalienpolitik eingesetzt.

4. Ressourceneffizienz

Auch bei der Ressourceneffizienz berichten unterschiedliche Gesprächspartner von einer ambivalenten Position Deutschlands. Während die rot-grüne Bundesregierung 2002 das Ziel setzte, die Ressourceneffizienz bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln⁶⁵, hatten sich die nachfolgenden Regierungen unter Angela Merkel einem **nationalen und europäischen Ressourceneffizienzziel** verweigert. In ihrem „**Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa**“ (2011), drängte die EU-Kommission darauf, bis Ende 2013 „klar definierte Ziele und Indikatoren“ zu entwickeln.⁶⁶ Obwohl die Bundesregierung selber nationale Ziele von der rot-grünen Koalition geerbt hatte, stellte sie sich im Europäischen Umweltrat 2011 gegen ein europäisches Ressourceneffizienzziel.⁶⁷ Selbst drei Jahre später, am 28. Oktober 2014, nachdem Deutschland als erstes EU-Mitgliedsland eine nationale Ressourceneffizienzstrategie in 2012 verabschiedet hatte, sprach sich Umweltministerin Hendricks im Umweltrat erneut gegen ein europäisches Ressourceneffizienzziel aus. Damit war Deutschland allerdings in der Minderheit. Das progressive Lager konnte sich letztendlich

⁶⁴ „Altmaier stellt sich gegen EU-Vorhaben“, Deutschlandfunk, 13. Juni 2018.

https://www.deutschlandfunk.de/erneuerbare-energien-altmaier-stellt-sich-gegen-eu-vorhaben.697.de.html?dram:article_id=420277

⁶⁵ „EU: Ressourceneffizienz vs. Wettbewerbsfähigkeit?“, Euractiv, 30. September 2011.

<https://www.euractiv.de/section/energie-und-klimaschutz/news/eu-ressourceneffizienz-vs-wettbewerbsfahigkeit/>

⁶⁶ „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“, Mitteilung der Europäischen Kommission, 2011.

<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0571:FIN:DE:HTML>

⁶⁷ „Ressourceneffizienz: EU-Umweltminister bremsen Kommission“, Euractiv, 20. Dezember 2011.

<https://www.euractiv.de/section/ressourcen-und-umwelt/news/ressourceneffizienz-eu-umweltminister-bremsen-kommission/>

mit der Forderung eines unverbindlichen Ressourceneffizienzziels auf EU Ebene durchsetzen.⁶⁸

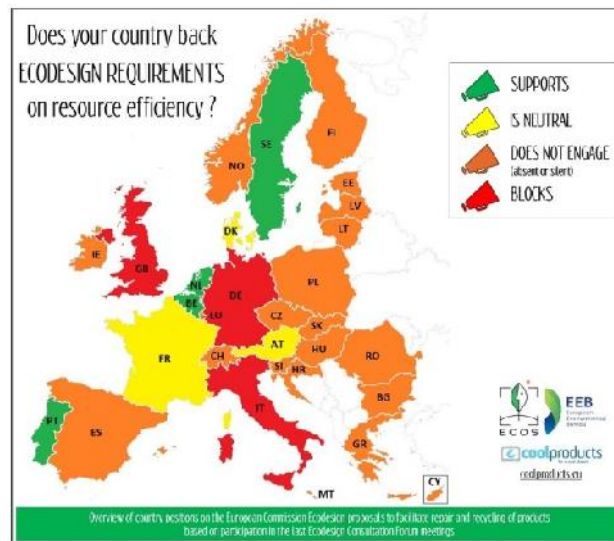


Abb. 1 - Ressourceneffizienz beim Ökodesign. EEB, ECOS. 2018. <http://ecostandard.org/circular-economy-brussels-wont-do-it-alone/>

Auch bei der **Ökodesign-Richtlinie**, so berichtet ein Gesprächspartner tätig in dem Bereich, blockiert Deutschland eine ökologischeren Ausrichtung. Diese Richtlinie legt z.B. Energieeffizienz-Mindeststandards für bestimmte Produkte fest. In 2018, nach Aufforderung des Europäischen Parlaments, machte die EU-Kommission einen Vorschlag die Ökodesign-Richtlinie um weitere ökologische Kriterien, wie Reparaturfähigkeit, Recyclingfähigkeit und Haltbarkeit zu ergänzen. Auf der Basis von Protokollen des Ecodesign Consultation Forum, wird deutlich, so berichten das Europäische Umweltbüro und die Normungsorganisation ECOS (Abbildung 1), dass sich Deutschland gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission positionierte.⁶⁹ Laut einem Gesprächspartner war Deutschland das EU-Mitgliedsland, das sich am meisten gegen neue Ressourceneffizienzkriterien beim Ökodesign aussprach. Daraufhin veröffentlichte die Europäische Kommission in Dezember 2018 einen neuen, deutlich verwässerten Vorschlag.⁷⁰ Seitdem, so der Gesprächspartner, würde Deutschland nicht mehr im Weg stehen.

Beim **EU-Kreislaufwirtschaftspaket** hätte sich, laut Informationen des Europäischen Umweltbüros (EEB), die Bundesregierung auch nicht besonders ambitioniert gezeigt. Deutschland hätte sich gegen eine neue Recycling-Berechnungsmethode stark gemacht, da diese Deutschlands Recyclingstatistik schlechter hätte aussehen lassen (die Recyclingquote

⁶⁸ „Council Conclusions on Greening the European Semester and the Europe 2020 Strategy“, Environment Council, 28. Oktober 2014.

https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/145488.pdf

⁶⁹ „Circular Economy – Brussels won’t do it alone“, ECOS, 2018. <http://ecostandard.org/circular-economy-brussels-wont-do-it-alone/>

⁷⁰ „European Commission waters down WEEE Repair Proposals“, Resource, 7. Dezember 2018. <https://resource.co/article/european-commission-waters-down-weee-repair-proposals-12990>

wäre von 66% auf 47% geschrumpft).⁷¹ Ansonsten hätte Deutschland zwar keine schlechte Rolle gespielt, aber Gesprächspartner bemängelten, dass die Bundesregierung auch keine aktive Führungsrolle eingenommen hatte.⁷²

5. Weitere Bereiche

In den vielen Interviews, die geführt wurden, berichteten Gesprächspartner auch von weiteren Bereichen, in denen die Bundesregierung entweder versuchte Ambitionen zu bremsen oder schlicht nicht präsent war. Vier Gesprächspartner warfen das Thema **Nachhaltigkeit in den Finanzmärkten** (auch bekannt als **sustainable finance**) auf. Mark Carney, Gouverneur der britischen Zentralbank, setzte das Thema auf der internationalen Agenda und wies 2015 auf die Gefahr einer „carbon bubble“ hin.⁷³ Als Vorsitzender des Finanzmarktstabilitätsrats richtete er eine internationale Task-Force zu „klimabezogenen Finanzinformationen“ (Task Force on Climate-related Financial Disclosures – TCFD) ein und stärkte das Bewusstsein für die Risiken von Investoren durch den Klimawandel. Auch im Pariser Klimaabkommen wird ausdrücklich das Ziel formuliert, die Finanzflüsse nachhaltig zu gestalten.⁷⁴ Zahlreiche Länder, wie Großbritannien, China und Schweden, starteten Initiativen, um ihre Finanzmärkte nachhaltiger zu gestalten. Frankreich verabschiedete ein Gesetz, dass erstmals institutionelle Anleger verpflichtet, ihre Klima- und Nachhaltigkeitsrisiken offenzulegen. Auch die G20 widmeten sich dem Thema. Unter der chinesischen G20-Präsidentschaft in 2016 wurde die *Green Finance Study Group* etabliert. 2017, unter der deutschen Präsidentschaft, wurde dann allerdings hinter den Kulissen schon gestritten, ob diese Arbeitsgruppe zu Nachhaltigkeit in den Finanzmärkten fortgeführt werden sollte. Ein Gesprächspartner erzählte, wie das Bundesministerium für Finanzen, geführt von Minister Schäuble (CDU), die Arbeitsgruppe beenden wollte, was letztendlich, auf Druck weiterer Akteure, nicht gelang.

Bei der europäischen **CSR-Richtlinie** hätte Deutschland schon gewisse Berichtspflichten bezüglich Klimarisiken in ihrem Umsetzungsgesetz verankern können. Das SPD-geführte Verbraucherschutzministerium wäre dafür gewesen, aber das Finanzministerium hatte dort blockiert, so berichtet ein Gesprächspartner aus dem Bundestag. Ein Interessensvertreter für Investoren erzählte, dass die Europäische Kommission, auf Basis eines Berichts der *High-Level Expert Group on Sustainable Finance (HLEG)*, nun an gemeinsame

⁷¹ Neligan, Adriana, 2018. "Two years later: The EU circular economy package. An update," IW policy papers 9/2018, Institut der deutschen Wirtschaft (IW) / German Economic Institute.

<https://ideas.repec.org/p/zbw/iwkpps/92018.html>

⁷² Siehe auch: „Revealed: Leaders and Laggards of EU waste policy“, EEB, 16. Mai 2017.

<https://eeb.org/revealed-leaders-and-laggards-of-eu-waste-policy/>

⁷³ „Die Theorie der Carbon Bubble besagt, dass fossile Energieträger überbewertet sind und eine Spekulationsblase entstanden ist.“ Unter dem Pariser Zwei-Grad-Ziel muss der Ausstoß an Treibhausgasen reduziert werden, dadurch würden die „Rohstoffreserven der Energiekonzerne erheblich an Wert – weil ein Großteil des Öls, Gases und der Kohle ungenutzt im Boden bleiben müsste.“ Spiegel Online, 30. Mai 2015. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/regierung-erwaegt-gutachten-zur-gefahr-einer-carbon-bubble-a-1036196.html>

⁷⁴ „Making finance flows consistent with a pathway towards low greenhouse gas emissions and climate resilient development“ (Artikel 2, Absatz 1, Litera c des Abkommens), Paris Climate Agreement.

https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf

Nachhaltigkeitskriterien für nachhaltige Anlageprodukte (z.B. Green bonds) arbeiten würde, aber das Deutschland sich daran nicht besonders beteiligt. Während zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten wie die Niederlande, Frankreich und Großbritannien dieses Thema vorantreiben würden, würde Deutschland sich um das Thema nicht kümmern. Der Interessensvertreter berichtete, wie es in Großbritannien unterschiedliche Referate im Finanzministerium und eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema geben würde, während im deutschen Finanzministerium es nur einen Referenten für das Thema geben würde. Das alleine würde zeigen, wie unwichtig das Thema für die Bundesregierung ist, so der Gesprächspartner.

Auf der anderen Seite, widmen sich zahlreiche Länderregierung dem Thema. Hessen hat einen *Green Finance Cluster* gegründet und zahlreiche andere Bundesländer und Städte ziehen ihre Gelder aus klimaschädlichen Anlagen ab.

Ein Gesprächspartner berichtete, dass Deutschland zusammen mit Frankreich versuchen würde die **europäische Wasserrahmenrichtlinie** abzuschwächen und die Kriterien der Richtlinie zu verwässern. Dies konnte allerdings nicht von zusätzlichen Quellen bestätigt werden. Beim **Fipronil-Skandal** hatte sich Deutschland mit den Niederlanden auch dafür eingesetzt, dass die EU-Kommission die Herausgabe der Fipronil-Statistiken verweigert, so berichtete die dpa in 2017.⁷⁵

Weiterhin meldete die Süddeutsche Zeitung im November 2018, dass die Bundesregierung versucht, die vorgeschlagene **Hinweisgeber-Richtlinie** (2018) auszuhöhlen. Während die EU-Kommission Informanten künftig europäisch schützen will, setzt sich Deutschland für zahlreiche Ausnahmeregelungen ein. Das ist auch ökologisch relevant, denn Whistleblower, die mit Ihren Enthüllungen Umweltschäden aufdecken, bedürfen auch Schutz.⁷⁶ Schon seit 2008 gab es insgesamt sechs Gesetzesinitiativen, die alle scheiterten. „Laut einer Studie von Transparency International aus dem Jahr 2014 steht Deutschland beim Whistleblower-Schutz auf einer Stufe mit Brasilien, Indonesien und der Türkei“, so berichtet das Handelsblatt.⁷⁷

Schlussbemerkung

Die zahlreichen Fälle negativer deutscher Einflussnahme auf EU-Umweltvorhaben belegen: Deutschland hat in diesem Jahrzehnt eine ökologische Kapitulation vollzogen. Im vorherigen Jahrzehnt war Deutschland ein ökologisches Musterland. Es war Anführer einer progressiven Allianz in Europa mit einem klaren ökologischen Gestaltungsanspruch. Die Bundesregierung hat sich in den letzten neun Jahren von dieser Rolle verabschiedet. „Unter Kanzlerin Merkel ist Deutschland vom Klimaschutz- und Erneuerbare-Energien-Vorreiter wieder zu einem

⁷⁵ „Deutschland blockiert Informationen über belastete Eier“, Spiegel Online, 26. Oktober 2017.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/fipronil-deutschland-blockiert-informationen-ueber-belastete-eier-a-1174785.html>

⁷⁶ „Ein Herz für Wirtschaftsprüfer“, Süddeutsche Zeitung, 22. November 2018.

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schutzgesetz-fuer-whistleblower-ein-herz-fuer-wirtschaftspruefer-1.4220717?reduced=true>

⁷⁷ „Bundesregierung will keinen speziellen Whistleblower-Schutz in Deutschland“, Handelsblatt, 26. Juli 2018.

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/korruptionsbekaempfung-bundesregierung-will-keinen-speziellen-whistleblower-schutz-in-deutschland/22844820.html>

großen Klimasünder geworden", sagt Hans-Josef Fell, Energieexperte und Vater des Erneuerbaren-Energien-Gesetz. Die Investitionen in die Erneuerbaren in Deutschland sind zusammengebrochen, so Fell.⁷⁸

Anstatt den Klimaschutz und die erneuerbaren Energien voranzutreiben, hat sich die Bundesregierung in ihren etwaigen Regierungskonstellationen (CDU/CSU/FDP, CDU/CSU/SPD), um den Erhalt des Verbrennungsmotors und die Kohlekraft bemüht. Die Bundesregierung setzte sich massiv dafür ein, Emissionsgrenzwerte für den Verkehrssektor zu verwässern und die Schadstoffemissionen für Kohlekraftwerke nicht zu reduzieren. Aus Protest gegen die Energie- und Umweltpolitik der neuen großen Koalition hat letztendlich auch der Energiestaatssekretär Rainer Baake um Entlassung gebeten.⁷⁹

In zahlreichen umweltpolitischen Abstimmungen auf EU-Ebene hatte Deutschland gegen ambitionierte Ziele gestimmt. Umweltpolitisch ist die Bundesregierung damit einen Isolationskurs gefahren. Zwei Gesprächspartner berichteten, dass Deutschland sich isoliert habe. Früher habe Deutschland eine ökologische Führungsrolle eingenommen, dies sei aber nicht mehr der Fall. Deutschland hätte mit seiner rücksichtslosen Interessenspolitik in unterschiedlichen Bereichen (Automobil, Kohlekraft, Austeritätspolitik) viel Vertrauen und Respekt bei den anderen EU-Mitgliedsstaaten verloren.

Eine Gesprächspartnerin fügte hinzu, dass Deutschland auch keine aktive Rolle in der Brüsseler Diplomatie spielen würde. Großbritannien und Frankreich würden, im Gegensatz zu Deutschland, z.B. mit öffentlichen Strategiepapieren und Beiträgen versuchen Debatten anzustoßen. Mehrere Gesprächspartner meinten, dass die regierungsinterne Zerstrittenheit in ökologischen Fragen Deutschlands europäische Einflussnahme verringern würde. Da die Ministerien viel Zeit bräuchten um sich auf eine Position zu einigen, hätte man nicht mehr genügend Zeit, um Allianzen zu schmieden und nationale Interessen in EU-Kommissionsvorschlägen frühzeitig einzubringen.

Warum ist die Bundesregierung diesen Weg eingeschlagen? Dafür gab es unterschiedliche Ansichten. Der luxemburgische Energieminister Claude Turmes beschreibt in seinem Buch einen Abwehrkampf etablierter Großkonzerne, der dazu führte, dass auf die „lichten Jahre, düstere Jahre folgten“.⁸⁰ Einige Gesprächspartner machten einen Zusammenhang zwischen den Aufstieg der AfD und den Abstieg ökologischer Führung. Sie hatten die Vermutung, dass die Regierungskoalitionen wegen den anti-ökologischen Populismus, sich von der europäischen Umweltpolitik stückweit distanziert hatten.

Man könnte auch meinen, die Große Koalition sei kompromissmüde und Teile der Regierung würden der populistischen Versuchung nach absoluten Positionen ohne Rücksicht auf den Koalitionspartner verfallen. Seit Jahren sind die Koalitionsparteien und verschiedenen Ministerien (maßgeblich Umwelt- und Wirtschaftsministerium) in ökologischen Fragen

⁷⁸ „Verzagte Klimakanzlerin“, Klimaretter.Info, 14. März 2018.

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/24382-verzagte-klimakanzlerin>

⁷⁹ „Der Energiewende-Architekt gibt auf“, FAZ, 05. März 2018,

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiewende-erfinder-rainer-baake-gibt-wegen-groko-auf-15479001.html>

⁸⁰ Turmes, Claude. *Die Energiewende – Eine Chance für Europa*, oekom, München 2017.

zerstritten. Das ist nichts Neues. Aber der Umgang mit den internen Konflikten hat sich geändert. Minister Schmidt (CSU) stimmte für Glyphosat, trotz mangelnder regierungsinterner Einigkeit. Minister Altmaier (CDU) sprach sich für schwache Energie- und Klimaziele aus, entgegen einer ressortabgestimmten Positionierung. Im Populismus liegt die Sehnsucht nach absoluten Lösungen ohne Rücksicht auf andere Positionen. Aber in einer Regierungskoalition kann es keine absoluten Lösungen geben. Regierungsarbeit in einer Koalition ist das mühsame, Aushandeln von Kompromissen. Ein Gesprächspartner meinte, Angela Merkel habe nicht mehr die Autorität die unterschiedlichen Interessen auszubalancieren.

Mit Deutschlands Abkehr von einer ökologischen Gestaltungs- und Führungsrolle, ist in Europa ein strategisches Vakuum in umweltpolitischen Fragen entstanden. Großbritannien ist in unterschiedlichen Feldern – vom Kohleausstieg bis zu Nachhaltigkeit in den Finanzmärkten – ein wichtiger ökologischer Akteur. Mit dem Brexit, wird diese Stimme im Europäischen Rat fehlen. Der französische Präsident Macron hat zum Teil versucht eine ökologische Führungsrolle in der EU einzunehmen. Mittlerweile ist Macron aber unter gewaltigen öffentlichen Druck. Die „Gelbwesten“-Demonstrationen haben Frankreich in eine Vertrauenskrise geworfen. Macrons Reformagenda ist entgleist. Die skandinavischen Länder sind progressive Mitgliedsstaaten, die sich für eine ökologische Agenda einsetzen. Aber ihnen fehlt das politische Gewicht, um solch eine Agenda zu führen. Europa fehlt eine ökologische Führungsmacht und das in einer Zeit, in der die Ökologie weltweit unter Druck gerät. Amerika hat das Pariser Klimaabkommen verlassen. Justin Trudeau hat eine Ölpipeline verstaatlicht, um die klimaschädlichen Teersände Albertas zu exportieren und Brasiliens Bolsonaro möchte die Umweltagenturen schließen und die Abholzung des Amazonas-Regenwalds fördern. Klimaschutz steht nicht auf der internationalen Agenda.

Wir haben ein verlorenes ökologisches Jahrzehnt hinter uns. Europa kann sich das nicht leisten. Es ist höchste Zeit, dass sich Deutschland wieder seiner ökologischen Verantwortung stellt und einen umweltpolitischen Gestaltungswillen gewinnt, um die Nachhaltigkeitsagenda im nächsten Jahrzehnt voranzutreiben.